

# Zukunft gemeinsam gestalten



## Kreiswahlprogramm

Am 11. September ist Kreistagswahl  
[www.spd-northeim-einbeck.de](http://www.spd-northeim-einbeck.de)

Landkreis  
Northeim

**SPD**



## **Vorwort**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 11. September 2011 wählen Sie einen neuen Kreistag für unseren Landkreis Northeim. Unser vorliegendes Programm ist nicht nur unser Wahlprogramm, sondern gleichzeitig unser Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre.

Unser Gemeinwohl kann nur stark sein, wenn wir alle bereit sind, uns dafür zu engagieren. „Die da oben“ und wir „da unten“ gibt es nicht. Jede und jeder ist aufgefordert, sich in die Entwicklung aktiv einzubringen. Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, Schulen, Kindergärten, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, öffentlicher Personennahverkehr, kulturelles Angebot, um nur einige Bereiche zu nennen, gehen uns alle an. Deshalb sind wir froh und dankbar, dass sich wieder eine Vielzahl von Frauen und Männer aus allen gesellschaftlichen Bereichen bereitgefunden haben, für die ehrenamtliche Arbeit im Kreistag zu kandidieren.

Wichtige Entscheidungen der auslaufenden Wahlperiode sind durch die enge Zusammenarbeit zwischen der Kreistagsmehrheit aus SPD und FDP und dem sozialdemokratischen Landrat Michael Wickmann auf dem Weg gebracht worden. Dabei konnten wir unsere Vorhaben aus der Koalitionsvereinbarung vollständig abarbeiten.

Wir haben bewiesen, dass erfolgreiche kommunalpolitische Arbeit auch unter schwierigen finanz- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen möglich ist. Natürlich ist die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre auch am Landkreis Northeim nicht vorbei gegangen. Dennoch haben wir im Rahmen der haushaltsrechtlichen Vorgaben eigene Akzente insbesondere in der Jugend-, Bildungs- und Familienpolitik sowie in der Wirtschaftspolitik im Landkreis Northeim gesetzt. Durch die Einrichtung von Stiftungen war es uns möglich, notwendige Projekte der Jugend-, Sozial-, Sport- und Kulturpolitik zu sichern und weiter zu entwickeln.

Wir werden die Konsolidierung der Kreisfinanzen fortsetzen müssen. Dieses bedeutet nach unserem Verständnis, das Geld unserer Bürgerinnen und Bürger so sparsam, aber auch so effektiv wie möglich einzusetzen. Dabei erwarten wir von der Bundes- und Landesregierung, die Kommunen finanziell endlich so auszustatten, dass wir die uns zugewiesenen Aufgaben auch erfüllen können.

Wir prüfen aber auch sehr ernsthaft und zielorientiert, ob der bessere Weg für die nachhaltige Sicherung unserer Region eine verstärkte Zusammenarbeit oder sogar Fusion mit Nachbarkreisen ist.

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis ein, unsere Arbeit nicht nur kritisch und konstruktiv zu begleiten, sondern an Entscheidungsprozessen über die Gestaltung ihrer Zukunft in der Kommunalpolitik mitzuwirken. Sie sind uns auch als unterstützende und insbesondere als aktive Mitglieder in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herzlich willkommen.

Uwe Schwarz, MdL  
Unterbezirksvorsitzender

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>1. Zukunft gemeinsam gestalten</b>	<b>5</b>
<b>2. Familienpolitik als Standortfaktor</b>	<b>6</b>
2.1. Kinder / Kinderbetreuung / Kindertagesstätten	6
<b>3. Bildung</b>	<b>8</b>
3.1. Allgemeinbildende Schulen	8
3.2. Berufliche Bildung	10
3.3. Kreisvolkshochschule (KVHS)	11
<b>4. Wirtschaft</b>	<b>11</b>
4.1. Bilanz	11
4.2. Wirtschaftsförderung	11
4.3. Projekte	12
4.4. Kultur und Tourismus	12
4.5. Arbeitsmarkt	13
4.6. Mobilität und Verkehr	14
4.7. Der ländliche Raum und Strukturförderung	14
4.8. Umweltschutz	15
4.9. Abfallbeseitigung	16
<b>5. Soziales</b>	<b>17</b>
5.1. Jugend	17
5.2. Gesundheit	18
5.3. Pflege	19
5.4. Seniorinnen und Senioren	19
5.5. Altersgerechtes Wohnen	20
5.6. Sport	20
5.7. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen	20
5.8. Wohlfahrtsverbände	21
5.9. Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ehrenamt	21
<b>6. Migration – Teilhabe durch Integration</b>	<b>22</b>
<b>7. Gleichstellung</b>	<b>22</b>
<b>8. Kommunale Finanzen nachhaltig gewährleisten</b>	<b>23</b>
<b>9. Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit durch Kooperationen und Fusionen</b>	<b>25</b>
9.1. Verlängerung der Amtszeit unseres Landrates	25

## **1. Zukunft gemeinsam gestalten**

Unsere Gesellschaft ist geprägt von rasanten Veränderungen. Im Zeitalter der Globalisierung werden Arbeitsplätze und Produktionsstätten weltweit verschoben, wenn es nur der Gewinnmaximierung dient.

Die Lebenserwartung ist nicht zuletzt aufgrund des medizinischen Fortschrittes für uns alle erfreulicherweise deutlich gestiegen. Dieses führt zu neuen Anforderungen an Infrastruktureinrichtungen und bietet zugleich neue Perspektiven und Betätigungsmöglichkeiten für die aktive Zeit nach dem Erwerbsleben.

Im Jahre 2006 lebten bei uns im Landkreis Northeim noch rund 145.000 Menschen. Im Jahre 2015 werden es voraussichtlich nur noch 138.000, das heißt 4,9 % weniger sein. Im Jahre 2025 werden es noch 130.000 Einwohnerinnen und Einwohner sein; das bedeutet einen Bevölkerungsrückgang um 10 Prozent (Quelle Bertelsmann Stiftung 2010).

Besonders gravierend ist dabei der schwindende Anteil der 25- bis 44-Jährigen von 2010 bis 2025 um 10 Prozent von 32.000 auf 27.000 Menschen. Dieser massive Bevölkerungsrückgang führt zu erheblichen Einbrüchen bei der Nachfrage nach Wohnungen, Arbeitsplätzen und Dienstleistungen sowie für die Wirtschaftskraft und Steuerkraft unserer Städte und Gemeinden. Gleichzeitig benötigen wir mehr altersgerechte Infrastruktur- und Pflegeangebote.

Die Frage der Generationengerechtigkeit bekommt in diesem Zusammenhang einen neuen Stellenwert. Die schwindenden jüngeren Generationen müssen durch die wachsende ältere Generation entlastet werden. Dieses kann am besten auf der kommunalen Ebene im Rahmen von Hilfe- und Selbsthilfenetzwerken, z.B. in Familienzentren oder Mehrgenerationenhäusern organisiert werden.

Wichtigste Aufgabe bleibt in diesem Zusammenhang die Gestaltung der Bildungseinrichtungen in unserem Landkreis. Hier wollen wir als die Bildungspartei in unserem Land dafür sorgen, dass alle Menschen die gleichen Chancen auf Bildung haben, unabhängig von Alter, sozialer oder örtlicher Herkunft oder persönlichen Handicaps. Bildung, Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf fängt für uns in den vorschulischen Bereichen der Krippe und der Kindertagesstätte an. Nur wenn wir neue mutige Wege in der Bildungspolitik beschreiten, werden wir die vor uns liegenden Aufgaben bewältigen können.

Im Jahre 2006 hat Deutschland die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert. Die UN-Konvention zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist damit auch geltendes Recht für alle staatlichen Ebenen in Deutschland. Sie gilt es auch in unserem Landkreis umzusetzen.

Wenn es Vorteile für unsere Bürgerinnen und Bürger bringt, werden wir unsere Handlungsmöglichkeiten zur Kooperation und ggf. Fusion nutzen, um unsere Region nachhaltig zu stärken.

Weltweite Umweltprobleme erfordern neue Konzepte einer umfassenden Klimaschutz- und Umweltpolitik auf allen Ebenen. Nachhaltiger Schutz von Natur und

Umwelt fängt bei uns zuhause an und muss deshalb die Entscheidungen im Landkreis weiter maßgeblich mitbestimmen.

Wir wollen die technologischen Innovationen annehmen und so mitgestalten, dass wir die positiven Chancen für unsere Region nutzen können.

Wir sehen es als ständige Aufgabe aller Demokraten an, rechts- und linksextreme Kräfte mit vollem Einsatz und allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen.

## **2. Familienpolitik als Standortfaktor**

Gute Wirtschafts- und Sozialpolitik beginnt bei den Familien, insbesondere den Kindern.

Deutschland ist im internationalen Vergleich eines der kinderärmsten Länder überhaupt. Wir müssen auf allen staatlichen Ebenen die Voraussetzungen dafür schaffen und verbessern, damit in Deutschland wieder mehr Familien gegründet werden und vorhandene Kinderwünsche in Erfüllung gehen können. Dieses erfordert einen Umdenkungs- und Umsteuerungsprozess im staatlichen Handeln, in der Wirtschaft, aber auch in den Köpfen vieler unserer Bürgerinnen und Bürger.

Nachhaltige Familienpolitik basiert auf dem Konsens, dass unsere Gesellschaft eine höhere Geburtenrate braucht, unsere Wirtschaft auf qualifizierte Arbeitskräfte und eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen angewiesen ist und unsere Kinder eine frühe Förderung, Bildung und Erziehung benötigen, damit alle Potenziale erschlossen werden können.

Wir müssen gemeinsam mit den Städten und Gemeinden und den Lokalen Bündnissen für Familien Maßnahmen entwickeln, die auch mit Hilfe attraktiver, sozialer Infrastruktur die Ansiedlung und den Zuzug junger Familien fördern.

Vermeehrt leben Familien in schwierigen Verhältnissen und sind mit der Bewältigung des Alltags überfordert. Dieses geht vor allem zu Lasten der Kinder. Familienservicebüros und Mehrgenerationenhäuser sind inzwischen zu einer Drehscheibe und Schnittstelle für Prävention und frühe Hilfen geworden. Sie stellen einen Motor für den weiteren Ausbau der qualifizierten Kinderbetreuung und Vermittlung umfassender Beratungsangebote dar. Neben der Sicherung vorhandener Einrichtungen setzen wir uns für die Schaffung weiterer Einrichtungen auf der Ebene der Sozialräume im Landkreis ein und hoffen dabei auf eine inhaltlich umfassende Kooperation mit den örtlichen Familienbündnissen.

### **2.1 Kinder/Kinderbetreuung/Kindertagesstätten**

Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Verfügbarkeit bezahlbarer und qualitativ hochwertiger Betreuungsmöglichkeiten. Sie sind die Voraussetzung für eine höhere Erwerbsquote von Eltern, insbesondere von Müttern, wie die skandinavischen Länder beweisen. Die SPD im Landkreis Northeim bekennt sich zur Unterstützung der Eltern und Alleinerziehenden und fordert alle Beteiligten auf, ein bedarfsgerechtes und der Nachfrage entsprechendes Angebot von Kinderbetreuungsplätzen sowohl im Krippen- als auch im Kindergartenbe-

reich sowie bei der Betreuung von Schulkindern sicherzustellen. Wir stehen zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgabe, wonach jedes dritte Kind unter drei Jahren ab 2013 einen Platz in einer Kindertagesstätte oder bei einer Tagespflegeperson erhalten soll. In den vergangenen fünf Jahren haben wir dazu ein eigenes Förderprogramm aufgelegt. Gab es 2006 erst 64 Krippenplätze in unserem Landkreis, konnten diese bis 2011 mit finanziellen Mitteln aus unserem Förderprogramm um 260 Plätze auf nunmehr 324 Krippenplätze ausgebaut werden. Daneben haben wir das Angebot an altersübergreifenden Kita-Plätzen um 177 Plätze, von 156 auf 333 Plätze erhöhen können. Diese Anstrengungen werden wir fortsetzen. Hierzu ist auch die Zusammenarbeit, Information und Kommunikation der Beteiligten (Kommunen, freie Träger, Zuschussgeber, Vereinigungen und privatwirtschaftliche Interessenten) zu fördern und zu verstärken.

Unser Augenmerk gilt insbesondere dem Bedarf der Interessen Berufstätiger, deshalb wird über Möglichkeiten einer betrieblichen Kinderbetreuung verstärkt nachzudenken sein.

Das in den Kindertagesstätten beschäftigte sozialpädagogische Fachpersonal muss durch eine stetige Qualifizierung auf häufig veränderte Anforderungen vorbereitet sein. Aufgabe des Landkreises als Jugendhilfeträger muss es sein, mit den Betreibern von Kindertagesstätten daher in einem ständigen Dialog zu stehen. Dieses gilt vor allem auch für Präventionsmaßnahmen im Sinne des Kinderschutzes.

Gleichzeitig wollen wir die Qualifizierung von Tagespflegepersonen weiter fördern und landkreisweit unterstützen. Als einen ersten Schritt haben wir im vergangenen Jahr ihre Vergütung im Landesdurchschnitt auf ein höheres Niveau angehoben.

Vor dem Hintergrund erschreckender Fälle von Kindeswohlgefährdungen und Misshandlungen haben wir aus präventiven Gründen drei zusätzliche Planstellen im Jugendamt geschaffen. Dazu gehören neben der personellen Aufstockung des Allgemeinen Sozialdienstes insbesondere die Schaffung einer Beratungsstelle im Bereich der sogenannten frühen Hilfen sowie die Förderung der Einführung von Familienhebammen im Landkreis. So kann Eltern von Neugeborenen frühzeitig jede Form notwendiger Hilfe angeboten werden.

Zur Früherkennung von Fehlentwicklungen bei Kindern werden aufgrund unserer Initiative neben den Schuleingangsuntersuchungen seit 2009 auch Vorsorgeuntersuchungen im Kindergarten durch zwei zusätzlich eingestellte Ärztinnen unseres Gesundheitsamtes durchgeführt. Die Ergebnisse werden in einem von uns initiierten jährlichen Kinder-Gesundheitsbericht des Landkreises dokumentiert und bieten wichtige Erkenntnisse für weitere Maßnahmen eines vorbeugenden Kinderschutzes. Diese Vorsorgemaßnahmen wollen wir in den nächsten Jahren weiterentwickeln und ausbauen.

### **3. Bildung**

#### **3.1 Allgemeinbildende Schulen**

Für uns haben alle Kinder das gleiche Recht auf gute Betreuung und Bildung sowie Ausschöpfung ihrer individuellen Fähigkeiten von Anfang an. Von der Qualität der Bildung und Ausbildung unserer Kinder hängen deren individuelle Lebenschancen und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes ab. Wir brauchen eine Schulpolitik, die den Anteil der Klassenwiederholungen deutlich reduziert, die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen verbessert und möglichst alle Jugendlichen mit einem Schulabschluss entlässt. Auch gilt es, von den skandinavischen Ländern als Gewinnerländer der Pisa-Studien zu lernen.

Auch in den nächsten fünf Jahren werden wir uns der Aufgabe stellen, Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende auf die bestmögliche Weise chancengleich und begabungsgerecht für die moderne Arbeitswelt zu qualifizieren.

Der überwiegende Teil unserer Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist wissbegierig, lerneifrig und hoch motiviert, aber auch kritisch gegenüber seiner Umwelt und bestehenden Strukturen. Wir wollen deshalb Kinder und Jugendliche beteiligen und ihre Ideen und Fähigkeiten in Entscheidungen einbeziehen.

Für benachteiligte Kinder und Jugendliche werden wir Schritt für Schritt die rechtlichen Vorgaben der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umsetzen und zu einer Region der inklusiven Schule werden. Dazu werden wir gemeinsam mit den beteiligten Schulträgern und Schulen, dem Behindertenbeirat, der Behindertenbeauftragten des Landkreises Northeim und weiteren Akteuren einen Aktionsplan zur Umsetzung der Inklusion im Landkreis Northeim erarbeiten. Ziel muss sein, dass alle Kinder, deren Eltern das wünschen, auf Regelschulen unterrichtet werden können.

Die Förderschulen im Landkreis Northeim bleiben für uns wichtige Ansprechpartner und Kompetenzträger für die Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Zur Vermeidung einer weiteren Schwächung des ländlichen Raumes setzt sich die SPD im Landkreis Northeim auch zukünftig für eine kostenlose Schülerbeförderung ab einer Entfernung von über zwei Kilometern zwischen Wohnung und Schule ein. Wir werden dafür sorgen, dass die im Bildungspaket für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellten Mittel die Betroffenen auch erreichen.

Es ist unübersehbar, dass eine am Elternwillen und Kindeswohl orientierte Bildungspolitik durch eine stark ideologisch geprägte, rückwärtsgewandte Bildungspolitik der CDU/FDP-Landesregierung in Frage gestellt wird. Die Weigerung, kleinere Gesamtschulen zuzulassen, erschwert gerade in unserem ländlichen Raum eine vorausschauende, den Elternwünschen gerecht werdende und nachhaltige Schulentwicklungsplanung.

Die Einführung der Oberschule durch die CDU/FDP in Niedersachsen wird vielen Elternwünschen nach einer gleichwertigen Ausbildung ihrer Kinder gegenüber dem Gymnasium nicht gerecht. Der Ausbau einer gymnasialen Oberstufe an der KGS Moringen und die Aufrechterhaltung des Angebotes einer IGS in Bodenfelde waren und sind für uns wesentliche Bestandteile sozialdemokratischer Bildungspolitik im Landkreis. Dazu gehört auch die Realisierung einer Integrierten Gesamtschule am Standort in Einbeck.

Die Entscheidung, an welchen Standorten weitere Gesamtschulen oder ggf. auch Oberschulen angeboten werden sollen, werden wir dem Elternwillen entsprechend in der Schulentwicklungsplanung treffen. Wir werden ohnehin im Dialog aller beteiligten Gruppen die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung diskutieren, einschließlich der Frage, wie viele Standorte von Schulen im Sekundarbereich 1 angesichts dramatisch zurückgehender Schülerzahlen noch aufrecht erhalten werden können.

Die Einteilung der Schulbezirke und die Ausgaben für die Schülerbeförderung sind zukunftsorientierte Instrumente im Bildungsbereich, die nicht der Haushalts-sanierung geopfert werden dürfen.

Im Landkreis Northeim halten wir ein umfassendes Angebot verschiedener Schulformen vor. In der laufenden Wahlperiode haben wir die Sanierung der Schulen mit dem Konjunkturpaket und eigenen Mitteln des Landkreises in folgenden Umfang wahrgenommen. So haben wir in den Jahren 2009 bis 2011 einen Betrag von etwa 8,2 Mio. Euro, davon rund 1,5 Mio. Euro Eigenmittel des Landkreises in unsere Schulen für Baumaßnahmen und Schulinfrastruktur investiert. Auch künftig werden wir durch erforderliche Investitionen die Schulstandorte an die Gegebenheiten anpassen und durch entsprechende inhaltliche Entscheidungen moderne Bildungsangebote weiter vorantreiben. Im Rahmen eines PPP-Modells investieren wir für die Grundsanierung und Erweiterung des Gymnasiums Corvinianum in den Jahren 2011 und 2012 etwa 11 Mio. Euro. Die Sanierung der Berufsbildenden Schule II in Northeim wird in den Jahren 2011 bis 2015 insgesamt 16 Mio. Euro betragen.

Neben diesen Grundsanierungen und Erweiterungen, stellen wir jährlich für unsere weiteren Schulen einen Betrag von 5 Mio. Euro für Unterhaltungsarbeiten zur Verfügung. Diesen Betrag haben wir verpflichtend im Haushaltssicherungskonzept 2011 festgeschrieben.

Zu guter Schule gehören für uns entsprechend ausgestattete Ganztagschulen.

Wir halten an der Idee einer pädagogisch sinnvoll ausgestatteten und konsequent organisierten Ganztagschule fest, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht. Dieses Programm wurde im Landkreis konstruktiv aufgegriffen. Wir haben den Wunsch nach Umwandlung in Ganztagschulen intensiv begleitet und die hierfür benötigte Schulinfrastruktur zur Verfügung gestellt. Ganztagschulen in der Trägerschaft unseres Landkreises sind: Auetalschule Altes Amt, Kalefeld; Geschwister-Scholl-Schule, Einbeck; Goetheschule, Einbeck; Gymnasium Corvinianum, Northeim; Gymnasium Uslar; Heinrich-Roth-Gesamtschule, Bodenfelde;

Kooperative Gesamtschule, Moringen; Rhumetalschule, Katlenburg-Lindau; Roswitha-Gymnasium, Bad Gandersheim; Sollingschule, Uslar; Thomas-Mann-Schule, Northeim.

Wir werden auch zukünftig Anträge weiterer Schulen auf Einrichtung von Ganztagschulen im Rahmen unserer Zuständigkeit unterstützen.

Als Schulträger werden wir die im Bildungspaket zur Verfügung gestellten Bundesmittel für die Mittagessen einsetzen und für gut ausgestattete Mensen sorgen.

Zu guter Schule gehört für uns auch die flächendeckende Ausstattung der Schulen mit Schulsozialarbeitern. Wir erwarten von der Landesregierung, dass die durch das Bildungspaket der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Mittel für schulische Sozialarbeit an die Schulträger ungekürzt weitergeleitet werden. Wir können dann im Rahmen unserer Haushaltsmittel die Schulsozialarbeit an den Schulen des Landkreises weiter verstärken, vor allem bei Schulen in sozialen Brennpunkten.

In allen Bereichen der Bildungspolitik ist uns eine konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Eltern und Elternvertretungen wichtig. Wir werden daher auch weiterhin die Elternarbeit in die bildungspolitischen Entscheidungen einbinden.

### **3.2 Berufliche Bildung**

Grundstein für Erfolg in Ausbildung und Beruf ist eine gute und umfassende Schulausbildung. So wie in den vergangenen Jahren werden wir auch zukünftig für einen bedarfsgerechten Ausbau der in unserer Trägerschaft stehenden Schulgebäude eintreten.

Jugendliche ohne Ausbildung oder Arbeit können keine Lebensplanung aufbauen. Wir beteiligen uns daher weiter intensiv an Projekten zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Gemeinsam mit Handel, Handwerk, Industrie und Gewerkschaften werden wir flankierende Angebote wie Praktikumsbörse, Lehrstellenmarkt oder Jobbörse für Jugendliche unterstützen.

Für uns ist die Verringerung der Quote von Jugendlichen ohne Schulabschluss und Jugendlichen ohne Berufsausbildung eine wichtige Herausforderung. Deshalb werden wir Projekte initiieren, die geeignet sind, den Übergang von Schule in den Beruf zu unterstützen. Die gute Zusammenarbeit mit der Bildungsregion Göttingen und den verschiedenen Projekten wie „Projekt Zukunft - Lebens- und Berufsplanung in der Schule“ und die „Regionale Initiative SchulBetrieb -Schulen und Betriebe als Partner“ wollen wir fortsetzen.

### **3.3 Kreisvolkshochschule (KVHS)**

Lernen ist ein lebenslanger Prozess. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass im Landkreis Bildungs- und Weiterbildungsangebote unabhängig vom Alter und der sozialen Situation angeboten werden können. Die Kreisvolkshochschule mit ihren flächendeckenden Angeboten für Weiterbildung und Qualifizierung ist und bleibt dabei wichtiger Baustein kommunaler Bildungspolitik.

## **4. Wirtschaft**

### **4.1 Bilanz**

Arbeitsplätze sichern und schaffen sowie ansässige Firmen unbürokratisch zu unterstützen und Unternehmen bei Neugründung und Ansiedlung zu fördern, sind eine politische Daueraufgabe.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre war oftmals kritisch. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch vor dem Landkreis Northeim nicht Halt gemacht. Trotzdem haben wir in dieser Zeit eine gute Wirtschaftspolitik mit zahlreichen Investitionen in unseren Liegenschaften und einer hervorragenden Arbeit in der Wirtschaftsförderung geleistet. Die gezielte betriebliche Förderung in den Jahren 2007 bis 2010 (Förderstopp ab 01. 04. 2010 durch die CDU-Landesregierung) hat 103 Unternehmen bei Investitionen von über 114 Mio. Euro mit 17 Mio. Euro an Zuschüssen unterstützt. Hierdurch konnten zusätzlich 530 neue Arbeitsplätze geschaffen **und 1800** Arbeitsplätze langfristig gesichert werden. Dadurch sind auch zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen in unsere Städte und Gemeinden geflossen; dies ist ein zusätzlich erfreulicher Aspekt unserer erfolgreichen Arbeit.

### **4.2 Wirtschaftsförderung**

Unser Ziel bleibt, im Landkreis Northeim eine vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einem guten Mix aus kleinen und großen Betrieben zu fördern. Nur so können wir der wirtschaftlichen Dynamik und den damit verbundenen Risiken begegnen. So werden Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen. Dies kommt letztendlich auch der Steuerkraft zugute.

### **4.3 Projekte**

Gerade in der wirtschaftlichen Flaute der vergangenen Jahre haben wir in viele Projekte investiert. Unternehmerische Initiativen wurden von uns angestoßen, unterstützt und begleitet. Begonnen haben wir mit einer gemeinsamen Imagebroschüre. Mittlerweile arbeiten gemeinsame Projekte wie „StartPoints für junge Unternehmen“, „Selbstständig sein“ an den Berufsschulen und die Botschafter der Region sehr erfolgreich für uns und unsere Heimat.

Auch diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen.

Die „Bioenergieoffensive Südniedersachsen“ steht dafür, Wertschöpfung in der Region zu halten und der Landwirtschaft Einkommensalternativen zu bieten. Unser Ziel ist die autarke Energieversorgung unserer Städte und Gemeinden durch einen Energiemix aus Wind- und Sonnenenergie sowie der verantwortungsvolle Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen.

Diese wegweisende und zukunftsorientierte Arbeit der Stabsstelle für Wirtschaftsförderung zeigt sich auch in der Vernetzung in der Region und in der Zusammenarbeit mit unserem Partnerlandkreis Schlochau/Polen. Nicht nur hier spielen Tourismus und Freizeitgestaltung eine große Rolle.

Seit 2008 unterstützt und fördert der Landkreis Northeim kleine und mittelständische Unternehmen mit jährlich 357.000 EUR. Die gleiche Summe wird durch das Land aus EU-Mitteln zur Verfügung gestellt. Hiermit konnten bisher 49 Investitionsanträge aus Betrieben unseres Landkreises mit über 2,5 Mio. EUR bezuschusst werden. Dieser Zuschuss löste eine Investitionssumme von 13,1 Mio. EUR aus und diente zur Schaffung von 51 neuen Arbeitsplätzen sowie 14 zusätzlichen Ausbildungsplätzen.

Diese Förderung ist ein wichtiger und nachhaltiger Beitrag zur Stärkung und Zukunftssicherung unserer Betriebe im Landkreis Northeim.

Mit diesen Investitionen in Zeiten angespannter Haushalte haben wir eine antizyklische Wirtschaftspolitik betrieben. Auch in Zukunft wollen wir Projekte dann fördern, wenn sie für die wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis herausragende Bedeutung haben.

Die auf unsere Initiative hin eingerichtete und sehr erfolgreich arbeitende Wirtschaftsleitstelle des Landkreises muss auf jeden Fall erhalten bleiben.

#### **4.4 Kultur und Tourismus**

In unserer landschaftlich und kulturell sehr reizvollen Gegend hat insbesondere der Tagestourismus und Kurzurlaub eine gute Entwicklungsmöglichkeit. Das gilt vor allem für die stark expandierende Gesundheitswirtschaft. Nach den neuesten Untersuchungen wird der Gast über bestimmte Themen wie Radwandern, Kanutouren oder Kulturreisen etc. zu einer Reise motiviert. Dazu haben wir gerade in unserem Landkreis auch ein vielfältiges, überregional ausstrahlendes Kulturangebot (z.B. Theater der Nacht, Gandersheimer Domfestspiele, Portal zur Geschichte).

Vielfach waren diese Angebote aufgrund der Haushaltslage unserer Kommunen in ihrer Existenz bedroht. Durch die Einrichtung einer Stiftung für Kultur- und Denkmalspflege auf der Landkreisebene konnten wir viele Projekte unterstützen und absichern.

Voraussetzung einer stärkeren positiven Entwicklung ist nach unserer Überzeugung eine noch engere Zusammenarbeit unserer Städte und Gemeinden, z.B. durch eine gemeinsame Marketingstrategie. Der Landkreis sollte den Aufbau von thematischen Angeboten in den Orten forcieren.

Dazu gehört, dass wir weiterhin die Radwegeinfrastruktur ausbauen, um mit den überörtlichen Routen ein gutes Angebot vorhalten zu können. Der Radtourismus ist für unseren Landkreis ein wachsender Bereich, den wir weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten fördern und unterstützen wollen. Die Besonderheit von drei Radfernwegen die durch den Landkreis Northeim verlaufen, bietet Potential und Perspektiven, die wir weiterentwickeln müssen.

Der Wirtschaftszweig Tourismus muss weiterhin ausgebaut werden, um langfristig davon profitieren zu können. Aus diesem Grund ist der Landkreis Northeim in der lokalen sowie regionalen Tourismuswirtschaft vernetzend und moderierend tätig und wird dies auch weiterhin sein.

#### **4.5 Arbeitsmarkt**

Kommunale Wirtschaftspolitik hat die Ziele, Arbeitsplätze zu sichern und weiter zu entwickeln, die Wirtschaftskraft der Region zu stärken und das Steueraufkommen zu verbessern.

Wir setzen uns verstärkt für kleinere und mittlere Unternehmen und Existenzgründerinnen und Existenzgründer ein. Bestehende Betriebe müssen begleitet, ihre Erweiterungen aktiv unterstützt und Akquisition von Neugründungen und Zuwanderungen betrieben werden.

Die demographische Entwicklung wird zu einem erheblichen Mangel an Nachwuchskräften und Fachkräften führen. Dieser zu erwartende starke Rückgang wird unter anderem durch Zuwanderung und eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote bewältigt werden müssen. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen und an Lebensphasen orientierte Weiterbildung sind zwingende Voraussetzung für den Zuzug von jüngeren Arbeitskräften, vor allem Führungskräften. Die betroffenen Betriebe müssen hier einen entscheidenden Beitrag leisten.

Um allen Arbeitssuchenden die Möglichkeiten eines Arbeitsplatzes entsprechend ihrer Qualifikation zu bieten, treten wir für eine Vermittlung beruflicher Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten ein. Wir verstehen die Berufsschulen als Dienstleister, die die Betriebe sowie die Schülerinnen und Schüler darin unterstützen sollen. Auch Schülerpraktika sind ein wichtiges Instrument, um Schülerinnen und Schüler an das Berufsleben heranzuführen. In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch den Berufsfindungsmarkt in Northeim, um jungen Menschen Orientierung zu geben.

Ein weiteres wichtiges Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hierbei ist der öffentlich geförderte Arbeitsmarkt ein unverzichtbares Instrument, um Menschen ohne festen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz eine Perspektive zu bieten.

Dieser darf aber immer nur eine Brückenfunktion für den Ein- bzw. Umstieg in den Arbeitsmarkt erfüllen.

#### **4.6 Mobilität und Verkehr**

Schwerpunkte sozialdemokratischer Verkehrspolitik auf kommunaler Ebene sind die Förderung von Konzepten der Verkehrsvernetzung und des Verkehrsmanagements, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbund, die Sicherung der Mobilität der Fußgänger und Fahrradfahrer und die Verlagerung von Güterfernverkehr auf umweltfreundliche Transportmittel.

Der Verkehrsverbund Südniedersachsen (VSN) hat durch einheitliche Tarife und abgestimmte Fahrpläne erfolgreich die Zusammenarbeit der verschiedenen Verkehrsunternehmen in Südniedersachsen erreicht.

Dabei ist es notwendig, dass in einem solchen Nahverkehrssystem eine vernünftige Verknüpfung zwischen Bus und Bahn vorhanden ist.

Zur Erhaltung des Gesamtkonzeptes des öffentlichen Nahverkehrs ist es für uns unabdingbar, neben der Nord-Süd Schienenstrecke auch die Ost-West Schienenverbindungen in ihrem Bestand zu sichern.

Der Einsatz des Fahrrades als alternatives und umweltfreundlichstes Verkehrsmittel sowie als Tourismusangebot wurde von uns in den letzten Jahren durch Erstellung eines Radwegkonzeptes für den Landkreis gefördert. Die bereits erfolgte Ausschilderung der festgelegten Radwege werden wir nunmehr gemeinsam mit den Städten und Gemeinden weiter fortsetzen.

Die Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte erfordert eine noch sorgfältigere Abwägung unserer Straßenbaumaßnahmen. Den Bau zusätzlicher Kreisstraßen halten wir nicht für erforderlich. Vorrangig setzen wir uns für den Ausbau von Ortsdurchfahrten bei gleichzeitiger Sanierung der Kanal- und Leitungsbauwerke ein.

Umweltverträgliche Entlastungen von Ortsdurchfahrten durch Ortsumgehungen finden insbesondere zum Schutz von Anwohnerinnen und Anwohnern weiterhin unsere Unterstützung.

#### **4.7 Der ländliche Raum und Strukturförderung**

In unserem ländlich geprägten Landkreis werden wir uns auch zukünftig dafür einsetzen, dass mit bestehenden Förderprogrammen des Bundes und Europas der Landwirtschaft in unserem Raum neue Möglichkeiten für Standortsicherheit und Absatz der erzeugten Produkte eröffnet werden. Schon aus Gründen des Verbraucherschutzes gilt es, die ökologische Landwirtschaft vorrangig auszubauen. Direktvermarktung und das Einrichten von Hofläden werden von uns ausdrücklich als Gegenpart zur industriellen Landwirtschaft unterstützt.

Wir werden alles daran setzen, Ansiedlungen von Massentierproduktionen, wie sie in anderen Landkreisen und Bundesländern mit erheblichen Umweltbelastungen bereits erfolgt sind, in unserem Landkreis zu verhindern.

Nach der Neuausrichtung der europäischen Förderkulisse ab dem Jahr 2014 werden voraussichtlich nur noch Regionen gefördert. Daher ist es unser Ziel, insge-

samt zu einer Verbesserung und Verstärkung der regionalen Kooperationen zu gelangen.

An der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen werden wir uns daher weiter beteiligen; ebenso werden wir unsere Mitarbeit im Regionalverband Südniedersachsen und in der Südniedersachsenstiftung aktiv fortsetzen.

#### **4.8 Umweltschutz**

Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung unseres Landkreises ist es, Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus umwelt- und sozialverträglich auszurichten.

Der Landschafts- und Naturschutz wird von uns in einem sehr sensiblen Abwägungsprozess zwischen dem Erhalt unserer südniedersächsischen Natur- und Kulturlandschaft und den berechtigten Interessen der Land- und Forstwirte sowie der Erholungssuchenden garantiert werden.

Bereits begonnene Energiesparkonzepte für öffentliche Gebäude, aber auch notwendige neue Aktivitäten werden von uns mit Nachdruck weiter realisiert. Durch diese Maßnahmen werden auch in erheblichem Umfang Investitionen zugunsten des heimischen Handwerks ausgelöst, was wiederum unserem Landkreis und der Allgemeinheit zu Gute kommt.

Die Bereitschaft unserer Bürgerinnen und Bürger, sich aktiv an Maßnahmen des Naturschutzes durch Baumpatenschaften und Pflegeschnittaktionen zu beteiligen, ist ungebrochen. Dieses wichtige ehrenamtliche Engagement werden wir auch in Zukunft nachdrücklich fördern und unterstützen.

Wir werden uns bemühen, den Gemeinden hinsichtlich der Nutzung von regenerativen Energien und der Ausweisung von entsprechenden Flächen für Sonnen- oder Windkraftanlagen in ihren Bauleitplänen durch eine wegweisende Raumplanung Entscheidungshilfen zu geben. Neue Baugebiete sollten so ausgerichtet werden, dass eine sinnvolle Nutzung von Photovoltaik möglich ist.

Des Weiteren unterstützen wir die Energiegewinnung durch Biogas- und Windkraftanlagen. Neu zu schaffende Windkraftanlagen sollten eine Nabenhöhe von über 100 m aufweisen, damit sie auch wirtschaftlich betrieben werden können und ihren Nutzen erzielen.

Das schreckliche Atomkraftunglück in Japan hat die tödlichen Risiken der Kernenergie erneut deutlich gemacht. Neben dem schnellen Ausstieg aus der Kernenergie wollen wir den beschleunigten Ausbau regenerativer Energien. Erneuerbare Energien haben eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz und könnten schnell umgesetzt werden. Um die erzeugte Windenergie an der Küste auch zu ihren Abnehmern zu bringen, bedarf es neuer Stromleitungen. Wir akzeptieren daher den Bau dieser 380 KV-Leitungen auch durch unsere Region. Allerdings fordern wir im engen Schulterschluss mit den Bürgerinitiativen die vollständige Erdverkabelung dieser Leitungen in HGÜ-Technik. Nur so können wir die Zerstörung der Landschaft und gesundheitliche Beeinträchtigungen der Menschen in unserer Re-

gion verhindern. Wer erneut überflüssige Konflikte zu Gunsten der großen Stromversorger provoziert, wird auch mit der 380 KV-Leitung scheitern.

#### **4.9 Abfallbeseitigung**

Die großen und umstrittenen Probleme der Abfallbeseitigung liegen hinter uns. Die Zusammenarbeit mit den Landkreisen Osterode und Göttingen sowie der Stadt Göttingen hat zu einer Lösung geführt, die allen gesetzlichen und ökologisch sinnvollen Anforderungen langfristig genügt.

Darüber hinaus ist es gelungen, die landkreiseigene Deponie in Moringen-Blankenhagen auf den bestmöglichen technischen Stand zu bringen. Nach heutigen Erkenntnissen wird auch für kommende Generationen von der Deponie keine Gefahr ausgehen. In vorbildlicher Weise sind Rückstellungen für den Weiterbetrieb, die Überwachungen und die Renaturierung gebildet worden.

Das Ergebnis unserer ökologisch orientierten Politik, die sich stets bemüht, für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises die finanziellen Belastungen fair zu gestalten, kann sich sehen lassen. Trotz erhöhter gesetzlicher Anforderungen sind die Gebühren für die Abfallentsorgung nur moderat verändert worden. Unser Ziel ist es, die Müllentsorgung ökologisch vernünftig mit vertretbaren Gebühren zu gestalten.

Aber bei aller Zufriedenheit über die letzten Jahre werden wir sehr aufmerksam beobachten, wie sich die Abfallpolitik der EU, des Bundes und des Landes und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiterentwickeln. Das betrifft sowohl die Restmüllentsorgung als auch die Wertstoff- und Schadstoffsammlungen, die Grünmüllsammmlung und den grünen Punkt/gelben Sack.

Die zu erwartende Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes wird von uns konstruktiv begleitet. Die Einführung einer "Wertstofftonne", mit der Verpackungen und stoffgleiche Nicht-Verpackungen gemeinsam erfasst und einem Recycling zugeführt werden, werden wir nach der geltenden Gesetzeslage im Sinne der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Northeim umsetzen.

Auch im Bereich der Abfallbeseitigung stellt uns die demographische Entwicklung vor weitere Herausforderungen. Des Weiteren führt eine bessere Mülltrennung zu einer geringeren Auslastung der Deponie bei gleichbleibenden Fixkosten. Daher muss über eine noch stärkere Zusammenarbeit im Abfallzweckverband nachgedacht werden. Eine Privatisierung dieses Bereiches wird von uns abgelehnt.

## **5. Soziales**

### **5.1 Jugend**

Der Landkreis als Jugendhilfeträger muss jungen Menschen die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung stellen. Ihm obliegt außerdem die Förderung der Jugendverbände. So ist es im Sozialgesetzbuch VIII geregelt.

In einer Fläche wie dem Landkreis Northeim lässt sich diese Aufgabe nur schwer zentral organisieren. Der Landkreis hat deshalb auf unsere Initiative mit seinen Mitgliedsgemeinden eine Vereinbarung geschlossen, wonach diese für ihre hauptamtlichen Jugendpfleger einen fünfzigprozentigen Personalkostenzuschuss erhalten.

Diese Regelung hat sich grundsätzlich bewährt. Die Jugendpfleger sind wichtige Ansprechpartner und Unterstützer der Jugendarbeit betreibenden Vereine und Verbände vor Ort. Sie koordinieren oder organisieren in ihren Gemeinden Projekte der Sozial-, Präventions- und Integrationsarbeit.

Wir brauchen ihre Unterstützung als Fachleute, wenn es um die Lösung neuer Herausforderungen und Probleme in der Jugendhilfe geht. Schon deshalb werden wir die engagierte Arbeit der Jugendpfleger weiter fördern. Alle Jugendlichen und Jugendgruppenleiterinnen und -leiter im Kreisgebiet sind uns gleich viel wert. Wir haben daher die Gewährung und Auszahlung der Zuschüsse für Fahrten, Lager und Freizeiten zentralisiert. Nun werden im gesamten Landkreis einheitliche Zuschüsse auf einem hohen Niveau gezahlt.

Eine wichtige Aufgabe der Jugendhilfe ist die Prävention. Maßnahmen in diesem Bereich müssen dem sozialen Konfliktfeld angepasst und, wenn nötig, mit zusätzlichen Haushaltsmitteln finanziert werden. Als ein besonders geeignetes Mittel, Fremdenfeindlichkeit und Vorurteilen vorzubeugen, sehen wir Austauschprogramme an. Wir begrüßen ausdrücklich Initiativen, die es jungen Menschen ermöglichen, über einen längeren Zeitraum Lebenserfahrungen im Ausland zu sammeln, und werden diese wie bisher im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen.

Die auf unsere Initiative hin wieder eingeführte Jugendhilfeplanung beschäftigt sich u.a. mit extremistischen Einflüssen auf Jugendliche, Jugendgewalt, Medienkultur sowie dem oft beängstigenden Alkoholkonsum junger Menschen. Als Konsequenz daraus hat der Jugendhilfeausschuss das Lukas-Werk mit dem Präventionsprojekt HaLt (Hart am Limit) beauftragt und dafür entsprechende Haushaltsmittel bereit gestellt. Das im Landkreis angelaufene Projekt „Schutzengel“ ist ebenfalls eine Schutzmaßnahme gegen die Folgen übermäßigen Alkoholkonsums. Das Schutzengelprojekt wollen wir weiterentwickeln. Gerade im Zusammenhang mit dem Alkoholkonsum von Jugendlichen sind durch den Landkreis neben der Prävention alle rechtlichen Mittel zur Verhinderung des rechtswidrigen Verkaufs von Alkohol und Nikotin an Jugendliche auszuschöpfen.

## **5.2 Gesundheit**

Im Landkreis Northeim existieren vier Krankenhäuser - in Bad Gandersheim, Einbeck, Northeim und Uslar. Dem Landkreis obliegt zwar nach dem Gesetz der Sicherstellungsauftrag in der Krankenhausversorgung, die Rahmenbedingungen werden jedoch durch den Bundes- und Landesgesetzgeber bestimmt. Dabei waren und sind die Krankenhäuser seit Jahren unterfinanziert, was in erster Linie zu Lasten der Beschäftigten geht und gleichzeitig den Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern immer ruinöser gestaltet. Kleine Häuser können so nicht mehr selbstständig überleben. Zur Sicherung einer wohnortnahen Versorgung und von rund 1200 Arbeitsplätzen haben wir die Krankenhäuser in Bad Gandersheim und Northeim an die Helios-GmbH als Hauptgesellschafter abgegeben. Der Landkreis hat bei wichtigen Standortentscheidungen als Minderheitsgesellschafter aber ein Vetorecht. Gleichzeitig hat Helios sich vertraglich verpflichtet, in Northeim ein neues, modernes Krankenhaus zu errichten. Die Vorbereitungen dafür sind mittlerweile abgeschlossen. Die Stadt Einbeck hat zwischenzeitlich aus den gleichen Gründen ihr Krankenhaus an einen privaten Betreiber abgegeben. Das Krankenhaus in Uslar war bereits vorher länderübergreifend mit dem Krankenhaus in Lipoldsdorf verschmolzen worden. Insofern ist der Sicherstellungsauftrag flächendeckend im Landkreis erfüllt. Sollte es zu regionalen Schwierigkeiten kommen, werden wir unverzüglich Maßnahmen zur Sicherung der Erst- und Notversorgung treffen. In Kooperation mit den Kostenträgern und der Kassenärztlichen Vereinigung muss auch über eine stärkere Verzahnung in Medizinischen Versorgungszentren verhandelt werden. Angesichts der demographischen Entwicklung und der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen muss unser vordringliches Ziel eine stärkere Verzahnung von ambulanter, stationärer, rehabilitativer und pflegerischer Einrichtungen sein. Diesbezüglich wollen wir eine weitere Modellregion in Niedersachsen werden.

Gerade im ländlichen Bereich wird es immer problematischer, dass sich ausreichend Fachärzte, aber vor allem auch Hausärzte niederlassen. In enger Kooperation mit der für den ambulanten Bereich zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung wollen wir frühzeitig Maßnahmen abstimmen, um Praxisleerstände zu vermeiden.

Im Bereich des Rettungswesens liegt die Zuständigkeit ebenfalls beim Landkreis. Aufgrund von Veränderungen im ärztlichen Bereitschaftsdienst wird häufiger direkt der Rettungsdienst über den Notruf 112 gerufen. Zur zielgenauen Hilfe schlagen wir vor, auch den ambulanten Bereitschaftsdienst über die Rettungsleitstellen zu koordinieren. Ein dort anwesender Arzt kann dann schnell entscheiden, ob der Bereitschaftsarzt oder der Notarzt eingesetzt werden muss. Diese zielgenaue Hilfe spart wichtige Zeit für die Patienten und ist gleichzeitig auch betriebswirtschaftlich sinnvoller.

### **5.3 Pflege**

Wir haben die Verpflichtung, die menschliche Würde von pflegebedürftigen Menschen nicht nur zu respektieren, sondern auch zu garantieren. Wir werden gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und privaten Pflegedienst Anbietern im Rahmen des kommunalen Pflegeplans sicherstellen, dass ausreichend qualifizierte Pflegeangebote im Landkreis vorgehalten werden. Dabei ist der Grundsatz des Pflegeversicherungsgesetzes „ambulant vor stationär“ zu beachten. Nicht zuletzt aufgrund der deutlichen Zunahme von Demenzerkrankungen besteht vor allem im Bereich der Tagespflege ein erkennbarer Fehlbedarf. Der Pflegeplan soll daher mindestens alle drei Jahre fortgeschrieben werden.

Für Hilfesuchende ist es oft sehr schwierig, ein bedarfsgerechtes Pflegeangebot zu finden. Trägerunabhängige Pflegestützpunkte sind hier eine wichtige Anlaufstelle. Wir werden daher die Inanspruchnahme des 2010 vom Landkreis eingerichteten Pflegestützpunktes sorgfältig beobachten und gegebenenfalls ausweiten. Unabhängig davon müssen die im Landkreis vorhandenen Beratungsstellen zügig mit dem Pflegestützpunkt vernetzt werden.

Aufgrund von Entscheidungen der Landesregierung und der CDU/FDP-Mehrheit im Landtag hat sich das Land aus der Förderung der stationären Altenpflege und der Kurzzeitpflege zurückgezogen. In der Folge sind ca. 12.000 Menschen in Niedersachsen zusätzlich wieder in die Sozialhilfe abgedrängt worden. Zahlreiche Kreise und kreisfreie Städte als Kostenträger der Sozialhilfe sind deshalb dazu übergegangen, die Standards in der Altenpflege abzusenken und pflegebedürftige Menschen zunehmend in Mehrbettzimmern unterzubringen. Dies ist ein entwürdigender Zustand und bedeutet für die betroffenen Menschen gerade im letzten Lebensabschnitt ein Leben ohne Privat- und Intimsphäre. Die SPD hält im Landkreis Northeim an ihrer Auffassung fest, dass auch zukünftig dem Wunsch von Pflegebedürftigen nach Unterbringung in einem Einzelzimmer durch den Kostenträger Rechnung getragen werden muss. Im Rahmen der abzuschließenden Leistungs- und Vergütungsvereinbarung zwischen den Kostenträgern und den Einrichtungen muss dieses für pflegebedürftige Menschen abgesichert bleiben.

Wir wollen gemeinsam mit den Hospizbewegungen in unseren Städten und Gemeinden erreichen, dass ein flächendeckendes Angebot im Landkreis für Schwerstkranke und deren Angehörige vorhanden ist.

### **5.4 Seniorinnen und Senioren**

Allzu oft wird gedankenlos von einer „Überalterung“ unserer Gesellschaft gesprochen. Die steigende Lebenserwartung der Menschen und die bessere Gesundheit von immer mehr Menschen bis ins hohe Lebensalter sind in Wirklichkeit eine großartige Leistung und ein großes Geschenk für unsere gesamte Gesellschaft. Gleichzeitig bedeutet diese Entwicklung eine neue Herausforderung und Chance für politisches Handeln. Viele Seniorinnen und Senioren wollen sich in die Gemeinschaft einbringen und tätig sein. Das wachsende Potenzial dieser Gruppe könnte zum Beispiel in Familienzentren für Hilfeleistungen für junge Familien ge-

wonnen und genutzt werden. Wir werden mit gezielten Angeboten unserer Kreisvolkshochschule ältere Menschen ermutigen, sich neue Tätigkeits- und Wissensfelder zu erschließen. Für uns bedeutet gute Seniorenpolitik nicht Politik **für** sondern Politik **mit** Seniorinnen und Senioren.

Handlungsanleitung bieten in den nächsten Jahren die von uns auf Kreisebene verabschiedeten seniorenpolitischen Leitlinien. Wir unterstützen die Bildung und die Arbeit von Seniorenräten in den Städten und Gemeinden und wollen einen regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch der hier ehrenamtlich Tätigen auf der Ebene des Landkreises organisieren.

### **5.5 Altersgerechtes Wohnen**

Die Gruppe der über 75-jährigen wächst in den nächsten 15 Jahren in unserem Landkreis um 12 Prozent an. Die SPD setzt sich daher für eine konsequente Weiterentwicklung alternativer Wohn- und Lebensformen für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen im Landkreis Northeim ein. Wir werden uns noch stärker um Plätze für betreutes Wohnen sowie um die Einrichtung von Wohngemeinschaften bemühen, damit die individuellen Bedürfnisse unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger erfüllt werden können.

### **5.6 Sport**

Die Förderung des Sports dient auch gleichzeitig zur Erhaltung der Gesundheit. Wenn 70.000 von rund 150.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Landkreis Northeim Woche für Woche in Sportvereinen tätig sind, ist es weiterhin unsere Pflicht, die Übungsleiterinnen und Übungsleiter der Vereine mit einem Anteil ihrer Stundenvergütung zu unterstützen. Dies gilt besonders für die Übungsleiterinnen und -leiter im Jugendbereich.

Um diese Leistungen auch in Zeiten knapper Kassen finanzieren zu können, haben wir in der vergangenen Wahlperiode eine Sozial- und Sportstiftung eingerichtet. Im Rahmen dieser Stiftung werden wir uns weiterhin für die Förderung von sozialen und sportfördernden Zwecken einsetzen.

Wir setzen uns auch zukünftig für die Gebührenfreiheit von Kindern und Jugendlichen bei der Benutzung von kreiseigenen Sportstätten durch Vereine und Verbände ein.

### **5.7 Teilhabe von Menschen mit Behinderungen**

Die Menschen mit Behinderungen in unserem Landkreis haben ein Recht darauf, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können und nicht bevormundet zu werden. Zur Unterstützung dieses Zieles haben wir als einer der wenigen Landkreise die ehrenamtliche Stelle einer Beauftragten für Menschen mit Behinderungen geschaffen. Die UN-Konvention zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist zwischenzeitlich geltendes Recht für alle staatlichen Ebenen in Deutschland. Sie gilt es auch in unserem Landkreis umzusetzen. Daher wird die

ehrenamtliche Stelle in eine hauptamtliche Stelle für Menschen mit Behinderungen umgewandelt. Eine der ersten Aufgaben muss die Erstellung eines Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention sein. In diesen Prozess müssen alle wichtigen Akteure einbezogen werden.

Bei der jetzigen demografischen Entwicklung ist bis zum Jahre 2030 mit einer Steigerung der Zahl mobilitätsbeeinträchtigter Menschen um 50 Prozent zu rechnen. Durch barrierefreies Bauen wird einem hohen Anteil der Bevölkerung ein lebenslanges Wohnen in seinem vertrauten sozialen Umfeld ermöglicht oder ein Wechsel in ein Heim deutlich hinausgeschoben. Vorausschauende Kommunalpolitik muss diese Entwicklung aufgreifen und barrierefrei planen und gestalten. Mittelfristig werden auf diese Weise sogar Kosten gesenkt.

Die Teilnahme am öffentlichen Personenverkehr muss insbesondere durch bedarfsgerechte Gestaltung der Einstiegsmöglichkeiten für Ältere und Behinderte ermöglicht werden. Dieses gilt gleichermaßen für Veranstaltungen des Landkreises, bei denen zukünftig noch stärker auf barrierefreie Zugänge geachtet werden muss.

Neben dem Land Niedersachsen tragen auch die Kommunen als Träger von Schulen und Kindertagesstätten wesentlich dazu bei, dass das Ziel der Inklusion, d.h. eine gemeinsame Beschulung behinderter und nicht behinderter Schülerinnen und Schüler, verwirklicht wird. Wir wollen ein inklusiver Landkreis werden. ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN heißt für uns auch, gemeinsam mit behinderten und nichtbehinderten Menschen zu leben und zu arbeiten.

## **5.8 Wohlfahrtsverbände**

Die Wohlfahrtsverbände leisten, historisch gewachsen, einen erheblichen Beitrag zur sozialen Hilfe und Unterstützung. Diese in vielen Bereichen nur durch großes ehrenamtliches Engagement zu erfüllende Aufgabe ist Teil unseres sozialen Netzwerkes. Eine Unterstützung und Förderung dieser Arbeit ist für uns eine bedeutende Säule sozialer Kommunalpolitik.

Wenn auch durch die Bildung von Stiftungen Bereiche des öffentlichen Lebens unterstützt werden, so treten wir dennoch dafür ein, dass der Landkreis Northeim trotz geringerer Haushaltsmittel hier nach wie vor freiwillige Leistungen übernimmt. Das gilt auch für die Förderung von freien Trägern, die mit ihrer Tätigkeit benachteiligte Gruppen unterstützen. Hier gilt es, die ohnehin knappen Mittel für freiwillige Leistungen im Haushalt des Landkreises Northeim gezielt und effizient einzusetzen.

## **5.9. Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ehrenamt**

Die Zusammenarbeit mit allen ehrenamtlich Tätigen sowie allen Organisationen, deren Arbeit auf ehrenamtlicher Tätigkeit beruht, ist uns ein wichtiges Anliegen.

So pflegen wir zahlreiche Kontakte und Gespräche mit den Freiwilligen Feuerwehren, der Kreisfeuerwehr, den Kirchen, den Handwerkerverbänden, dem Kreis-

jugendring, den Seniorenräten, vielen Vereinen, die auf Kreisebene arbeiten, dem Kreissportbund, dem Kreiselternrat, dem Landvolk und vielen anderen Organisationen , um deren Arbeit zu unterstützen.

Ohne dieses große ehrenamtliche Engagement in unserem Landkreis wäre Vieles nicht leistbar, und der Landkreis Northeim hätte in vielen Bereichen weitaus höhere Kosten für die Arbeit aufzubringen, die diese Organisationen leisten.

Insbesondere die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren erfüllen neben ihrem Dienst häufig wichtige gesellschaftliche Aufgaben in unseren Dörfern. Dabei darf nicht vergessen werden, dass gerade diese Ehrenamtlichen ihre Arbeit oft unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit leisten.

Wir werden weiterhin das Ehrenamt in unserem Landkreis durch intensive und partnerschaftliche Zusammenarbeit unterstützen und fördern.

## **6. Migration - Teilhabe durch Integration**

16 Prozent unserer Bürgerinnen und Bürger haben einen Migrationshintergrund. Für sie gibt es insbesondere bei Bildung und Arbeit bisher vielfach keine Chancengleichheit. Dabei sind unser Land und selbstverständlich auch unser Landkreis angesichts des Bevölkerungsrückganges und des schon jetzt vorhandenen Fachkräftemangels dringend auf Zuwanderung angewiesen. Wir wollen auch in unserem Landkreis eine Willkommenskultur entwickeln und die aktive Teilhabe auf allen Ebenen unterstützen und fördern. Vorurteile und Ängste gegen das „Fremde“ wollen wir durch Kontakte zu Initiativen und Vereinen beenden. Der Schlüssel zur Integration ist die Bildung und Sprache. Neben der Zuständigkeit von Bund und Land wird auch unsere Kreisvolkshochschule weiterhin einen aktiven Beitrag leisten.

## **7. Gleichstellung**

Es waren Sozialdemokratinnen wie Marie Juchacz (Gründerin der Arbeiterwohlfahrt) und Luise Zietz, die vor mehr als 90 Jahren das Frauenwahlrecht erkämpften. Bei der Entstehung unserer Grundgesetzes 1949 erstritt die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert den Verfassungsgrundsatz: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt." Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bleibt die Gleichstellung von Frauen und Männern auch in der Kommunalpolitik ein herausragendes Ziel. Bei politischen Entscheidungen müssen von Anfang die Auswirkungen auf die Lebenssituation von Frauen und Männern berücksichtigt werden. Dieses ist die konsequente Anwendung des auf der Weltfrauenkonferenz beschlossenen „Gender-Mainstreaming“.

Benachteiligungen von Frauen und Mädchen in Ausbildung und Beruf werden wir entgegenwirken. Gemeinsam mit der Wirtschaft müssen wir Modelle zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf entwickeln, z.B. mit Hilfe von Teilzeit- und Telearbeit, Jobsharing und flexiblen Arbeitszeiten, Elternzeiten und Pflegezeiten für Männer und Frauen. Die vorrangige Umsetzung solcher Maßnahmen in der Kreisverwaltung sehen wir als beispielhaft für die Betriebe in unserem Landkreis.

Wir werden Frauen auf dem Weg in eine berufliche Selbstständigkeit durch Informationsveranstaltungen und Hilfestellungen bei Existenzgründungen aktiv unterstützen.

Familienarbeit oder Berufstätigkeit darf für Frauen und Männer nicht zur Grundratsentscheidung ihrer Lebensplanung werden. Wir treten dafür ein, dass Frauen und Männer auch nach einer familienbedingten Pause wieder vollständige Integration im Arbeitsleben finden.

Gemeinsam mit der Wirtschaft, den Verbänden und freien Trägern wollen wir hierfür ein Angebot an Qualifizierungs- und Ausbildungsmaßnahmen vorhalten und ausbauen.

Vor allem Frauen und Kinder sind Gewalt einschließlich häuslicher Gewalt ausgesetzt. Regionale Hilfsangebote wie Frauenhäuser und Nottelphone sind daher unerlässlich und werden von uns auch zukünftig gefördert. Eine Vernetzung von Beratungsstellen und Behörden ist für eine effektive Hilfe notwendig.

Die gute und erfolgreiche Arbeit der Gleichstellungsstelle des Landkreises in der Vernetzung mit den Frauenbeauftragten der Städte und Gemeinden wird auch in Zukunft unsere volle Unterstützung erfahren. Die Reduzierung ihrer Aufgaben auf das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ durch die Landesregierung lehnen wir ab. Die Durchsetzung von Gleichberechtigung umfasst alle Lebensfelder.

Wir fordern Frauen auf, sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen. Nur wenn Frauen ihre Lebenserfahrungen direkt in kommunalpolitische Entscheidungen einbringen können, werden Ergebnisse erzielt, die die Interessen von Männern und Frauen gleichermaßen berücksichtigen.

## **8. Kommunale Finanzen nachhaltig gewährleisten**

Kommunen sind Keimzelle und Herzstück unserer Demokratie. Kommunen sind soziale Räume, in denen Bildung, Arbeit, Wohnen, Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Vereinen, Verbänden und Organisationen erlebbar werden. Kommunen sind allzuständig mit ihrer kommunalen Selbstverwaltung.

Allerdings ist die Situation unserer Gemeinden, Städte und Landkreise seit Jahren angespannt, mancherorts katastrophal. Die kommunale Handlungsfähigkeit und Gestaltungsmöglichkeit tendieren gegen Null. Die Fortschreibung von Haushaltskonsolidierungskonzepten ist zu den Hauptbetätigungsfeldern kommunaler Verwaltungen und Selbstverwaltungen geworden.

Hinzu kommen dramatisch steigende Soziallasten, z.B. in der Behindertenhilfe, Jugendhilfe oder im Altenpflegebereich. Entgegen dem Verfassungsgrundsatz der Konnexität verlagern Bundes- und Landesregierung immer wieder einseitig zusätzliche Aufgaben auf die Kommunen ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich (z.B. SGB II, Pflege, Inklusion, Integration, Jugendhilfe). Hauptsache der Finanznot sind zudem steuerreduzierende Beschlüsse der Bundesregierung, z. B. Reduzierung des Solidarbeitrages bei der Gewerbesteuerumlage, Einkom-

menssteuerreform, Unternehmenssteuerreform, Abschaffung der Gewerbesteuer und die unterbliebene Grundsteuerreform.

Gleichzeitig wird in einem der weltweit stärksten Wirtschaftsländer die Finanzmisere des Staates und damit auch der Kommunen durch Steuergeschenke und neue Steuersenkungsversprechungen weiter verstärkt. Gerade die jetzige Bundesregierung macht unverhohlen deutlich, dass es ihr dabei nicht um das Gesamtwohl, sondern um Klientelpolitik für wohlhabende Wählerschichten geht. Derzeit erhalten die Kommunen lediglich 12 Prozent des staatlichen Gesamtsteueraufkommens. Es muss sichergestellt werden, dass dieser Anteil auf die notwendigen 20 Prozent erhöht wird.

Um überhaupt noch wichtige Aufgaben der Daseinsfürsorge erhalten zu können, haben wir auf Kreisebene in den Bereichen Jugend, Soziales, Sport, Kultur und Denkmalspflege erfolgreich Stiftungen gebildet, die zwischenzeitlich eine Vielzahl von Maßnahmen und Einrichtungen fördern.

Unser Ziel müssen aber ausgeglichene Haushalte und freie Gestaltungsspielräume der kommunalen Selbstverwaltung sein. Aus eigener Kraft sind die meisten Kommunen dazu nicht mehr in der Lage. Die Rahmenbedingungen müssen auf der Bundes- und Landesebene geschaffen werden.

Nur mit einem Maßnahmenbündel kann es gelingen, die aktuelle finanzielle Notlage der Kommunen zu überwinden und die kommunale Ebene wieder handlungsfähig zu machen.

Dazu gehören:

- Keine weitere Reduzierung, sondern stattdessen schrittweise Anhebung des Kommunalen Finanzausgleich durch die Landesregierung.
- Stabilisierung der Gewerbesteuer als die wichtigste Kommunalsteuer durch die von den kommunalen Spitzenverbänden seit langem einmütig geforderte Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen und die Einbindung aller wirtschaftlich Tätigen.
- Die seit Jahren verschobene und verschleppte Reform der Grundsteuer. Diese Steuer stützt sich auf Bemessungsgrundlagen, die seit fast 50 Jahren nicht mehr aktualisiert wurden (Einheitswerte von 1964).
- Verhinderung von Lohndumping und Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns. Bei einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € erhielten 5 Mio. Beschäftigte ein höheres Arbeitsentgelt, würden 2,7 Mrd. € Steuereinnahmen und 2,7 Mrd. € Sozialversicherungsbeiträge mehr erzielt. Das würde den Kommunen Kosten in Milliardenhöhe für soziale Transferleistungen bei so genannten "Aufstockern" ersparen.

## **9. Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit durch Kooperationen und Fusionen**

Bei der Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung hat die Niedersächsische Landesregierung bisher vollständig versagt. Stattdessen erzwingt sie über Haushaltsverfügungen überstürzte und unvorbereitete Fusionen. Folgen die Kommunen diesen Vorgaben nicht, werden unverhohlenen Zwangsfusionen angedroht oder Landeszuschüsse verweigert. Seit Jahren verspricht die Landesregierung klare Vorgaben darüber, welche Aufgaben zukünftig auf die Gemeinden, Städte und Landkreise verlagert werden sollen (Funktionalreform). Ihre „Hausaufgaben“ hat sie aber bis heute nicht gemacht.

Erschwerend kommen noch in vielen Regionen des Landes gravierende Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur hinzu. Südniedersachsen und unser Landkreis sind bekanntlich besonders stark betroffen. Wir wollen daher in einem von der Landesregierung mitfinanzierten Gutachten klären, worin die besten Zukunftsperspektiven für die Menschen in unserem Landkreis liegen. Diese können in Fusionen oder deutlich verstärkter interkommunaler Zusammenarbeit bestehen.

Bestrebungen zu mehr Zusammenarbeit und Ideen für neue Strukturen dürfen aber weder isoliert noch zufällig und auch nicht unter Zeitdruck vorangetrieben werden. Wir wollen keine kurzfristige Insellösung, sondern eine sinnvolle Perspektive für ganz Südniedersachsen. Deshalb geht Sorgfalt vor Eile; danach haben wir bisher gehandelt und werden so auch in Zukunft verfahren.

Am 28.3.2011 ist dazu der Startschuss durch den beauftragten Gutachter Prof. Dr. Dr. Hesse in Einbeck gefallen. Prof. Hesse hat dabei deutlich gemacht, dass die Vorarbeiten im Landkreis Northeim sowohl im Verwaltungsbereich als auch in den Kreisgremien hervorragend und beispielhaft sind und dass bei dieser Ausgangslage ein solcher Prozess nicht viele Jahre dauern muss.

### **9.1. Verlängerung der Amtszeit unseres Landrates**

Am 11. September ist nicht nur ein neuer Kreistag zu wählen, sondern wäre auch die Wahl des zukünftigen Landrates gewesen. Im Eilverfahren haben die Landesregierung und die CDU/FDP-Mehrheit am 8.12.2010 allerdings ein neues Kommunalverfassungsgesetz beschlossen, das die Möglichkeit von Amtszeitverlängerungen für Landräte und Bürgermeister vorzieht, wenn kommunale Fusionen angestrebt werden.

Von dieser Möglichkeit hat der Kreistag am 14.1.2011 mit einer Mehrheit von 62,7 Prozent der Kreistagsabgeordneten Gebrauch gemacht. Im Zusammenhang mit der Beauftragung des im Kapitel 8 beschriebenen Gutachtens wurde die Amtszeit unseres Landrates Michael Wickmann um zwei Jahre verlängert. Die Verlängerung der Amtszeit ist folgerichtig.

Es macht keinen Sinn, während eines Fusionsprozesses einen neuen Landrat für acht Jahre zu wählen, zumal der jetzige Landrat beim Thema Fusionen erhebliche Vorarbeiten geleistet hat und vollständig im Thema ist.

Der durch die Wählerinnen und Wähler neu legitimierte Kreistag wird die Ergebnisse des Gutachtens umsetzen müssen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen diesen Prozess, um die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit für die Entwicklung unserer Region zurückzugewinnen. Dabei wollen wir eine transparente, ergebnisoffene Debatte und die Einbeziehung der Öffentlichkeit.

**Am Ende einer solchen Debatte muss für uns als Ergebnis etwas Positives für die Menschen in unserem Landkreis stehen.** Dies ist unser Maßstab.



SPD-Unterbezirk Northeim-Einbeck  
Scharnhorstplatz 8  
37154 Northeim  
Telefon: (0 55 51) 36 67  
Fax: (0 55 51) 66 94 1  
e-mail: [Northeim-Einbeck@spd.de](mailto:Northeim-Einbeck@spd.de)  
www: [spd-northeim-einbeck.de](http://spd-northeim-einbeck.de)  
v.i.S.d.P. Uwe Schwarz